Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1874

18.4.1874 (No. 90)

Visual Library

Badischer Beobachter.

Büreau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

Nro. 90. | Erscheint täglich (Montag ausgen.) Preis 1 fl. 24 kr., durch die Post bezogen 1 fl. 58 kr. vierteljährlich. | Samstag, 18. April | Insertionsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 Kreuzer. | 1874.

☛ Für die Monate Mai und Juni laden wir zu zahlreichem Abonnement ergebenst ein.

---

* Ueber die Debatte zu § 1 des Militärgesetzes

wird der Fckf. Ztg. aus Berlin vom 14. d. berichtet:

Eine Debatte von vollen sechs Stunden liegt hinter dem Reichstage, in diesem Augenblicke in welchem er sich dazu anschickt, über die verschiedenen Amendements zu § 1 des Militärgesetzes abzustimmen. Und wie stolze Namen wies die Rednerliste auf! Richter, Treitschke, Mallinckrodt, Löwe, Graf Moltke, Lasker, die ersten Redner des Hauses, nicht zu gedenken der Camphausen, Delbrück, Voigts-Rheetz, Fries, die freilich mit mühsamer Mosaikarbeit doch nicht dieselbe Wirkung erzielten, die der kranke Achilleus sonst mit zornigen Trotzworten schnell und sicher zu erreichen pflegte. Was aber und wie all' die großen Häuptlinge sprachen — die Ehre des Tages gehört Eugen Richter, der mit seiner klassischen Rede wie ein erlösendes Gewitter in die schwüle Atmosphäre fuhr, welche seit langen Wochen auf dem deutschen Parlament lagert. Was sonst seine Gegner diesem großen Zahlenbeherrscher abstreiten und nicht ganz mit Unrecht, das sittliche Pathos, heute fand er es dem ungeheueren Abfall gegenüber im vollsten Maße und die Gegner — sie erstreckten sich freilich bis in die nächste Nähe des Redners — erlagen sichtlich der Wucht dieser unwiderstehlichen Beredsamkeit. Mit vollstem Rechte führte Richter aus, daß er und seine politischen Freunde die Frage von Anfang an mit denkbar größter Ruhe und Sachlichkeit zu behandeln gesucht, daß sie sich nach der Generaldebatte des Militärgesetzes der langweiligsten Nüchternheit beflissen hätten, und daß es Niemand, als die Regierung sei, welche die Militärfrage zum Gegenstand aufregender Agitationen im Lande gemacht habe. Als sie den § 1 nicht habe durchdrücken können, habe sie die ganze officiöse Meute entfesselt, die officiöse Presse, wie die officiöse Telegraphie; da habe sie sich nicht gescheut, die Person des Staatsoberhauptes in die leidenschaftlichen Discussionen zusammengewürfelter Volkshaufen zu ziehen; was Herr v. Bennigsen gestern die primitivste Bewegung seit 1848 genannt habe, sei in Wahrheit ein Appell der Regierung an die Leidenschaftlichkeit und den Unverstand der Massen gewesen. In den westlichen Provinzen habe die officiöse Presse den Vertheidigern des parlamentarischen Budgetrechts nachgelogen, sie wollten die Franzosen in's Land rufen. (Fürst Lichnowsky: Sehr richtig!) Und Richter mit unsäglichem Hohne: Also bis in diesen Saal hat jener Appell gewirkt? Es ist unmöglich, an dieser Stelle ein erschöpfendes Resume der großartigen Rede, deren Wirkungen sich Schlag auf Schlag folgten, zu geben; sie verdiente in Hunderttausenden von Exemplaren im Volke verbreitet zu werden, um der widerlichen Vergiftung der öffentlichen Meinung durch die officiösen Lügen ein Ziel zu setzen. So viel und vielerlei die Sitzung noch brachte, — nichts reichte an diese oratorische Leistung heran. Hasenclever hatte wieder einmal einen ganz unmöglichen Antrag eingebracht, den er mit ebenso unmöglichen Argumenten vertheidigte; erfreulicher Weise trieben die vier Eisenacher die Courtoisie nicht so weit, für den Antrag zu stimmen. Hr. v. Treitschke beklagte sich, daß es der Regierung nicht gelungen sei, ein- für allemal dem parlamentarischen Budgetrecht den Garaus zu machen, und nur der Gedanke versüßte ihm die bittere Pille des Compromisses einigermaßen, daß es den „Reichsfeinden" Richter und Reichensperger gar so unangenehm sei. Im Uebrigen machte sich die slavische Natur des Abkömmlings derer v. Trzka wieder in einer Masse hochtrabendster Phrasen und so heftigen persönlichen Attaquen gegen Richter Luft, daß der Präsident einen Ordnungsruf über ihn verhängen mußte. Mallinckrodt legte sich in seiner langen Rede, die von Malicen förmlich wimmelte, hauptsächlich auf die Forderung der zweijährigen Dienstzeit, deren Möglichkeit sowohl wie Nothwendigkeit er treffend aus früheren Reden von Mitgliedern fast aller Parteien des Hauses nachwies. Nicht weniger als 4 Mitglieder des Bundesrathes schreckte der schneidigste Vorkämpfer des Centrum aus ihrem Stillleben am Regierungstische empor. Der preußische General v. Voigts-Rhetz und der bayrische Oberst Fries schwuren unisono auf die Nothwendigkeit der dreijährigen Dienstzeit; mit den Gründen freilich machen sie es sich sehr bequem: nur ein Infanterieofficier sei in dieser Frage competent und die Infanterieofficiere seien alle für drei Jahre. Dem erstgenannten General droht sein bedeutendes Rednertalent gefährlich zu werden; er schwelgt bedenklich in Worten; die Offenheit, mit welcher er heute die Nothwendigkeit einer gesetzlichen fixirten Friedenspräsenz durch die Unabwendbarkeit eines neuen Krieges mit Frankreich motivirte, war an sich zwar sehr dankenswerth, dürfte ihm aber schwerlich den Beifall seiner Auftraggeber erwerben. Auf die Seitenhiebe, welche Mallinckrodt gegen die „hohe Politik" des Reichskanzlers gerichtet hatte, antworteten Camphausen und Delbrück, beide sehr erhitzt, aber ihr künstliches Echauffement schien den verwöhnten Nationalliberalen kein ganz genügender Ersatz für die genialen Geistesblitze ihres großen Chefs. Beide Minister brachten es nur zu einem succès d'estime. Camphausen wurde sehr grob gegen den Papst, und Delbrück „dementirte auf's Formellste, daß je vom auswärtigen Amte ein demüthigendes Ansinnen an die französische Regierung gerichtet worden sei." Graf Moltke's Rede trug sehr deutliche Spuren von dem Unwillen, mit welchem das Compromiß in militärischen Kreisen aufgenommen ist; er sprach wie immer, ein schneidend, klar; viele seiner kurzen Sätze waren Epigramme von klassischer Form. Dem Hause war er ein großer Trost nach den Schlägen Richters. Von den letzten Rednern des Tages war Löwe schwach, wie neuerdings immer, und Lasker schwach wie nie. Von Löwe hatte man so etwas wie pikante Enthüllungen über die Krisis in der Fortschrittspartei erwartet. Nichts von alledem; er war matt und trostlos verworren; die sehr überflüssigen Angriffe gegen Treitschke waren kein Ersatz für seinen Abfall. Lasker endlich schien nur das Wort zu nehmen, um durch seine maßvolle Befürwortung des Compromiss's die Plumpheiten und Taktlosigkeiten von Bennigsen und Treitschke in Vergessenheit zu bringen. Verlorene Liebesmüh!

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 14. April. (Nach der K. V. Z.)

Auf der Tages-Ordnung steht nur die Fortsetzung der zweiten Berathung des Militärgesetzes.

Abg. Graf Bethusy-Huc. Meine Herren! Bevor ich auf die Sache selbst eingehe, habe ich zunächst ein Mißverstandniß klarzulegen, welches mein Antrag, den ich in der Commission gestellt habe, innerhalb und außerhalb dieses Hauses hervorgerufen hat. Man hat in demselben einen Compromiß erblicken wollen, dem die Absicht zu Grunde lag, die Forderung der Regierung herabzudrücken. Eine solche Absicht lag mir vollständig fern; es ist uns nie eingefallen, auch nur Einen Mann von dem abzusetzen, wofür die Regierung die Sicherheit des Reiches allein übernehmen zu können glaubt. Wir haben die Forderung der Regierung nur in eine correctere und angemessenere Form bringen wollen. Wir behaupten, daß die Forderung der Regierung, die Feststellung der Heeresorganisation, ein Postulat des deutschen Verfassungsrechts ist. Wir haben deßhalb nicht ohne lebhaftes Bedauern das Amendement Bennigsen in's Leben treten sehen und haben uns nicht dem Bedauern verschließen können, daß durch dieses Amendement der Militärfrage wiederum der Charakter eines Provisoriums werden solle, dessen Ende in eine Zeit fällt, deren Charakter wir nicht bestimmen können. Wir haben uns deshalb dem Amendement nicht anzuschließen vermocht, da wir nicht die Fehler, die aus demselben entstehen können, auf uns fallen lassen wollen. Anders aber stellt sich für uns die Frage, ob wir dasselbe annehmen oder abzulehnen haben, und da kann ich für meine Person nur erklären, daß ich keinen Augenblick im Zweifel gewesen bin, daß ich für Annahme stimmen werde, da nach der eigenen Erklärung der Regierung mehr als das Vorgeschlagene unerreichbar war. Wir können vor Europa die Verantwortung nicht übernehmen, gegen den Willen der Regierung die Vorlage zum Scheitern zu bringen. Wir halten uns hierzu schon um so weniger berechtigt, da wir sonst eine der Regierung so feindlich gegenüberstehende Coalition unterstützen würden, die ich nicht besser bezeichnen kann, als wenn ich den Abg. Richter neben den Grafen Praschma und den Abg. Hasselmann neben den Abg. Windthorst stelle (Große Heiterkeit). Meine Herren, Ihr Lachen wird es nicht hindern, daß ich mit dieser kleinen Bemerkung denn doch ein wenig den Nagel auf den Kopf getroffen (erneuerte Heiterkeit) und die Situation gekennzeichnet habe, in der wir uns befinden. Wir werden also für das Amendement Bennigsen stimmen, da die deutsche Reichspartei niemals ihren Dienst der Regierung versagen wird. (Bravo rechts).

Abg. Richter (Hagen). Der Hr. Abg. Graf Bethusy hat sehr wohl daran gethan, sich selbst zu attestiren, daß er den Nagel auf den Kopf getroffen. (Heiterkeit.) Seine Zusammenstellung von Namen ist übrigens nicht neu. Bisher freilich haben nur die Officiösen der allergewöhnlichsten Art eine Genugthuung darin gefunden, sich darin zu spiegeln. Unlängst las ich noch in einer großen officiösen Zeitung an dem Ende des gegen die Fortschrittspartei aufgestellten Sündenregisters: sogar bei der Wahl des Platzes für das Reichstagsgebäude hätte die Fortschrittspartei sich nicht enthalten können, mit den Schwarzen zu stimmen. M. H., wie in solchen kleinen Sachen, so in großen richten wir unsere Abstimmung nicht nach dem Beifall anderer Personen und nicht nach dem Mißfallen anderer Personen (Sehr wahr! links), sondern nur nach der Sache selbst. Unter andern und schwierigern Verhältnissen, im constituirenden Reichstage, ist auch andern Parteien ein solcher Vorwurf, wie uns heute, nicht erspart worden. Wäre damals die national-liberale Partei vor diesem Vorwurfe zurückgeschreckt in ihren Anträgen und Abstimmungen, so würde sie nicht im Stande gewesen sein, viele ihrer Amendements in die Reichsverfassung zu bringen, welche dieselbe wesentlich verbessert haben, wesentliche Schutzwehr enthalten gegen den Absolutismus. Solche Amendements sind damals nur deshalb durchgedrungen gegen den Hrn. Grafen Bethusy und seine politischen Freunde, weil man sich nicht gescheut hat, auch die sogenannten Schwarzen und Rothen dafür stimmen zu sehen. (Bravo!) Als derselbe Vorwurf damals von dem jetzt berüchtigten Hrn. Wagener und von dem Abg. v. Vincke den National-Liberalen gemacht wurde, da erwiderte der Hr. Abg. Twesten: es sei wahr, daß sie mit den Particularisten stimmten. „Die Ursache davon liegt aber an den Hrn. v. Vincke und seinen Freunden." Da die, auf welche wir für die Aufrechterhaltung mancher constitutionellen Grundsätze zählen zu können glaubten, uns im Stiche gelassen (Hört! links), so haben wir uns allerdings freuen müssen, wenigstens mit solchen Mitgliedern, die sonst nicht mit uns auf demselben Boden standen, eine, wenn auch geringe Majorität zu finden für die Grundsätze, auf die wir im Namen der Zukunft unseres Vaterlandes niemals verzichten können. (Lebhaftes Bravo!) Und wie heute, so finden Sie auch damals „Lebhaftes Bravo" im stenographischen Berichte zu diesen Worten des Abg. Twesten verzeichnet. Meine Herren, ist es denn gar so wunderbar, wenn in Fragen des parlamentarischen Rechtes, in Fragen der gemeinen Freiheit alle Minoritäten sich zusammen schaaren, alle Minoritäten gemeinsamen Schutz suchen in dem formellen Recht? Statt darüber zu zetern, sollte man vielmehr eine Anerkennung darin finden, daß alle Minoritäten bestrebt sind, sich den Boden möglichst zu erhalten, auf dem sie in gesetzlicher Weise ihren Bestrebungen Ausdruck geben können. (Sehr wahr!) M. H., es ist gestern und noch mehr an andern Orten von nationalen Parteien, von nationalen Majoritäten gesprochen worden, es ist an einem andern Orte von reichstreuen Wahlkreisen die Rede gewesen, die durch die Fortschrittspartei nicht in entsprechender Weise vertreten würden. M. H., die Reichstreue der Fortschrittspartei ist älter als manche Partei in diesem Hause (Sehr richtig!) und keine Partei zählt unter ihren Mitgliedern verhältnißmäßig so Viele, die für die Idee des deutschen Reiches gekämpft und gelitten haben zu einer Zeit, als diese Idee noch nicht courfähig war, sondern von andern Kreisen als ein Irrthum und als eine Thorheit angesehen wurde (Lebhafte Rufe: Sehr wahr! Sehr richtig!), und wenn man heute außerhalb dieses Saales so viel hört von Vereinigungen der Reichstreuen, wenn man das Nationale und Antinationale in Deutschland zum Stichwort der politischen Gruppirung macht, so erinnert mich das an diejenigen Gestalten Anfangs der fünfziger Jahre, die in den Preußen- und Treubunds-Vereinen zum Vorschein kamen und deren politische Individualität in nichts gipfelte, als in einer livree-artigen schwarz weißen Cocarde, die im Uebrigen aber, wenn die Zeiten kritisch wurden, sich dem fügten, der das Heft in die Hand bekam. (Zustimmung links.)

Der Herr Abg. v. Bennigsen hat gestern der Kundgebungen der öffentlichen Meinung erwähnt, die im Sinne der Regierungsvorlagen sich geltend gemacht hätten. Nun, m. H., auf solche Kundgebungen hat man sich auch vor sieben Jahren im constituirenden Norddeutschen Reichstage in eben dieser Frage berufen. Da war es wiederum der Abg. Twesten, welcher erwiderte: „Es könnte sogar im Augenblick die populäre Strömung, wie heute von einigen Herren Rednern angedeutet ist, dahin gehen, daß es nothwendig oder zweckmäßig sei, alles zu bewilligen, was die Regierung verlangt. Aber gerade solchen politischen Strömungen gegenüber ist es die Pflicht politischer Männer, dafür zu sorgen, daß nicht in Augenblicken der Erregung, nicht unter Gesichtspunkten, die mit andauernden Einrichtungen nichts zu thun haben, Rechte aufgegeben werden, deren Wiedererlangung später eine Frage der ernstesten Kämpfe und der gefährlichsten Zerrüttung werden könnte." (Hört! hört!) Der Herr Abg. v. Bennigsen hat diese Kundgebungen primitiv genannt; er hat gesagt, seit dem Jahre 1848 erinnere er sich nicht, so starken Kundgebungen im Volke begegnet zu

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

sein. Nun, m. H., primitiv sind diese Kundgebungen nicht gewesen; sie sind angefacht worden durch Aeußerungen hochgestellter Personen, die nur zu sehr dazu angethan waren (Unruhe rechts), diese Frage bei der großen Menge in einem schiefen Lichte erscheinen zu lassen, die alsdann von der officiösen Welt in tendenciöser Weise zugespitzt, systematisch colportirt und benutzt wurden, um die Leidenschaften im Volke anzufachen. Was ich an diesem Treiben der Officiösen für besonders verwerflich fand, war der Umstand, daß die Agitation in einem Momente losgelassen wurde, wo der Reichstag sich freiwillig Stillschweigen auferlegt hatte; wo er nicht im Stande war, diese Auffassungen zu berichtigen, weil er mit Rücksicht auf die Erkrankung des Reichskanzlers die Verhandlungen über die Beschlüsse der Militär-Commission verlegt hatte. Man glaubte damals noch, daß die einzig verantwortliche Person im Deutschen Reiche an diesen Verhandlungen werde Theil nehmen können. Hr. v. Bennigsen hat diese Bewegung stark genannt. Ja, meine Herren, wenn eine Agitation in dieser Weise angefacht wird, wenn das ganze Spiel der Officiösen losgelassen wird (Widerspruch rechts), die officiöse Presse und die officiöse Telegraphie wetteifern, wenn die Beamten der untern Instanzen dann nachhelfen, dann entsteht allerdings in Deutschland ein Getöse, das für manche schwache Nerven zu stark und das wohl geeignet ist, Diesen oder Jenen zu betäuben. (Sehr richtig! links und im Centrum.)

Man hat uns von anderer Seite immer gesagt, die Frage der Präsenzstärke eigne sich nicht für die Menge, sie dürfe nicht hinausgetragen werden auf den öffentlichen Markt. Gerade der Hr. Graf Bethusy hat solche Aeußerungen gethan. (Abg. Graf Bethusy: Wo?) Zuletzt noch in der Commission. Man hat gesagt, diese Frage müsse durch den §. 1 dauernd den Wähler-Versammlungen entzogen werden. Meine Herren, wir waren dieser Ansicht nicht, aber darin allerdings stimmen wir mit den Herren überein, daß in der heutigen politischen Situation militärische Fragen eine sehr discrete Behandlung erheischen. Wir haben uns diese Discretion auferlegt; wir haben diese Frage hier bei der ersten Berathung mit einer fast langweiligen Sachlichkeit behandelt; wir haben auch in der Presse sie nie anders wie sachlich behandelt. Und als die Versuchung an uns herantrat, in der Commission die höchst populäre Frage der Dienstzeit in diesen §. 1 hineinzuziehen, da haben wir dieser Versuchung widerstanden, nicht, weil wir der Ansicht waren, daß diese augenblickliche politische Situation auch in dieser Beziehung eine discrete Behandlung erheische. (Sehr richtig.) Ich bin dem Hrn. Referenten besonders dankbar, daß er es in seinem mündlichen Berichte nicht unterlassen hat, diese unsere Aeußerungen in der Commission wiederzugeben. Meine Herren, wenn wir so wenig zurückgeschreckt wären vor einem Conflicte, wie auf der Gegenseite, dann wäre es uns ein Leichtes gewesen, Demonstrationen im entgegengesetzten Sinne, noch bevor wir in die Osterferien gegangen sind, hier unter unseren Augen aufzuführen. (Widerspruch rechts.) M. H., was wir 8 und 14 Tage später konnten, würden wir auch früher gekonnt haben, und seien Sie überzeugt, daß die Demonstrationen ebenso wenig ihr Echo verfehlt haben würden, wie die folgenden. M. H., wir appelliren aber an den Verstand politisch gereifter Männer. (Rechts: Unser Urtheil ist so viel werth, wie das Ihrige). Wir verschmähen es, an den Unverstand, an die Leidenschaften der Menge zu appelliren. Was ist nicht alles geschehen, um in dieser Frage den Verstand, das Urtheil zu verwirren und die Leidenschaften obenauf zu bringen. Hat man nicht von officiöser Seite die Leidenschaften, welche der kirchliche Streit in den Gemüthern erregt, bewegt, und die Frage so darzustellen gesucht, als ob von Annahme oder Ablehnung des §. 1 die Fortsetzung oder das Aufhören des weiteren Kampfes gegen die römische Curie bedingt sei? (Links: Hört! hört!) Hat man nicht in unseren Grenzprovinzen die Frage so darzustellen versucht, als ob die Ablehnung des §. 1 eine Einladung an die Franzosen wäre, über die Grenze zu gehen? (Heiterkeit links. Zustimmende Bewegung rechts.) Nun, m. H., Sie sehen, wenn es sogar auf diese Herren rechts gewirkt hat, um das Urtheil in dieser Frage zu verwirren, wie wenig kann man es dann der großen Menge verargen, wenn sie nicht im Stande bleibt, sich ein ruhiges und klares Urtheil in dieser Sache zu bewahren.

Am meisten habe ich es bedauert des Auslandes wegen, daß ein derartiger Spectakel im deutschen Reiche zur Aufführung gekommen ist, daß derartige Kundgebungen im deutschen Reiche in dieser Weise in Scene gesetzt worden sind. Meine Herren, wenn das Ausland hierbei nicht zu unterscheiden im Stande wäre — was ich hoffe — den Grundton der deutschen Stimmung und den officiösen Lärm, der diesen Grundton aufzuheben droht, müßte das Ausland dann nicht zu der Schlußfolgerung kommen: dieses deutsche Reich, das uns gegenüber so siegreich, so einig war, dieses deutsche Volk, das uns gegenüber so treu zu Kaiser und Reich gestanden hat, von welchem unsäglichen Mißtrauen gegen sich selbst muß es besessen sein, wenn es auf eine verblümte Andeutung hin, ohne den Rath seiner eben erst gewählten Vertreter zu vernehmen, sich sofort bereit erklärte, Rechte, die es zu anderen Zeiten in so hohem Maße werth gehalten hat, der Militär-Dictatur zu opfern, um bei dem Bilde des Herrn v. Bennigsen zu bleiben?

Wenn die Reichsregierung glaubt, daß der Reichstag sich nicht in Uebereinstimmung befände mit dem Bewußtsein des deutschen Volkes, so gibt die Verfassung das Recht, den Reichstag aufzulösen. Wenn man aber aus sehr erklärlichen Gründen von dieser Maßregel keinen Gebrauch gemacht hat, m. H., dann sollte man doch alles vermeiden, beliebig zusammengewürfelte Volkshaufen gegen Reichstag und Reichstags-Abgeordnete im Namen des Volkes zu Felde zu führen (Sehr richtig! links), derartige Volksmengen als oberste Instanz über den Reichstag hinzusetzen. (Hört! hört! links.) M. H., das erinnert allerdings an 1848, aber an Auswüchse von 1848. (Sehr richtig!) Wie man heute Börsenbesucher anstiftet, um nach Schluß der Börse im Namen des Volkes ihre Forderungen zu stellen, so sind damals wohl Arbeiter bei Beginn des Feierabends verleitet worden, vor das Hotel eines Ministers zu ziehen, um im Namen des Volkes ihre Forderungen zu stellen. Hr. v. Bennigsen sagt, diese Agitationen seien nicht bloß an den Reichstag gerichtet gewesen; sie hätten bezweckt, eine Verständigung herbeizuführen. Nun, m. H., verständigen kann man sich nur, wenn man auf beiden Seiten zu der Verständigung bereit ist. So kunstgerecht waren aber diese Agitationen eingeleitet, daß auch nicht eine einzige Adresse und wäre es auch nur aus Versehen, zugleich an den Bundesrath abgegangen ist. Das weiß doch Jedermann hier; an Andeutungen über die Bereitwilligkeit zur Verständigung hat es wahrlich auf keiner Seite von Anfang an im Reichstage gefehlt. Der Fehler lag in dem Umstande, daß die Regierung starr und unbeweglich auf dem Standpunkte stehen blieb, den sie von Anfang an eingenommen hatte. (Sehr richtig! links.)

Und wenn es nun gelungen wäre, den Reichstag gegen seine Ueberzeugung unter das Joch des §. 1 zu beugen, glauben Sie, daß dadurch der europäische Ruf des Kanzlers gewachsen wäre? Glauben Sie, daß nicht in jenem Falle das Ansehen des Reichstages weit mehr verloren hätte? (Sehr wahr! links.) Und braucht nicht das neugeschaffene Kaiserthum in diesem viel gegliederten Bundesstaate eines angesehenen Reichstages? (Sehr wahr! links.) Hat nicht Fürst Bismarck, als er im Sommer 1866 an das Schwert schlug, um das deutsche Einigungswerk zu beginnen, den deutschen Reichstag, wie er in den Erinnerungen des Volkes seit 1848 fortlebte, mit in sein Programm aufnehmen müssen? (Hört! hört! links.) Und gesetzt den Fall, alle diese Kundgebungen hätten es bewirkt, daß eine Bewilligung, die früher vielleicht nur auf drei, vier, fünf Jahre erfolgt wäre, nunmehr auf sieben Jahre erfolgt, — steht wirklich dieser Preis im Verhältniß zu dem bösen Beispiel, welches für die Behandlung öffentlicher Angelegenheiten in Deutschland gegeben worden ist? (Sehr richtig und Bravo auf verschiedenen Seiten des Hauses.) Fällt nicht jetzt, nachdem die Regierung nachgegeben, die Uebertreibung der Officiösen mit auf die Regierung zurück? Glauben Sie denn, daß, so leicht wie es ist, diese officiöse Jagd zurückzupfeifen, es auch ist, der bethörten Menge (Sehr gut!) vorzustellen, warum eine Modificirung des §. 1, die am Freitag noch als Landesverrath ausgegeben wurde (Bravo!), am Samstag schon vereinbarlich gewesen ist mit einem ausgezeichneten Patriotismus? (Sehr gut! links, Ausgezeichnet!) Glauben Sie wirklich, daß, wenn bei einer siebenjährigen Bewilligung der Patriotismus unzweifelhaft ist, man dann noch ferner der Menge vorhalten kann, daß Derjenige, der dieselbe Ziffer nur für die budgetmäßige Periode bewilligen will, der ein Reichsfeind, ein Landesverräther ist? (Sehr richtig! von verschiedenen Seiten.) Meine Herren, was mich am meisten betrübt hat, ist, daß man auch die Person unseres erhabenen Kaisers in diese Sache hineingezogen hat. (Zustimmung von verschiedenen Seiten.) Das amtliche Blatt, die „Provincial-Correspondenz", hat diese Agitation mit einem Artikel eröffnet, an dessen Schluß es hieß: „Nun denn, es mögen alle wahrhaft national Gesinnten der Führung des kaiserlichen Kriegsherrn folgen." Diese Aufforderung hat natürlich sofort durch das officiöse Telegraphenbureau die entsprechende Verbreitung in Deutschland gefunden. Meine Herren, wir Alle folgen der militärischen Führung unseres erhabenen Kaisers, und ein Verräther wäre, wer dieser Führung nicht folgen wollte. Aber der Kaiser soll nach unserer Verfassung nicht die Führung des Reichstages und der Wählerversammlungen haben. (Sehr wahr! auf verschiedenen Seiten. Hört! hört! links.) Die Verantwortlichkeit auch für die Militärgesetzgebung ruht nicht mehr ungetheilt beim Kaiser. Verantwortlich dafür sind in gleicher Weise der Reichstag und der dem Reichstage verantwortliche Reichskanzler, und der Reichstag soll seinen Theil an der Verantwortung tragen nach seiner selbstständigen Einsicht und nach seinem selbstständigen Ermessen. (Sehr richtig! auf verschiedenen Seiten.) Wenn ich jemals zu der Ueberzeugung käme, daß der deutsche Reichstag unfähig wäre, die ihm auferlegte Verantwortung selbstständig zu tragen, dann würde ich der Erste sein, aufzufordern, zu dem alten Absolutismus zurückzukehren. (Sehr richtig! auf verschiedenen Seiten.)

M. H., wir Altpreußen haben uns bei dem absoluten Regiment, was die rein materielle Seite, was insbesondere diese Militärfragen anbetrifft, gar nicht so schlecht befunden. Der Absolutismus ist gewiß unvollkommen, aber das verwerflichste Regierungssystem ist ein Schein-Constitutionalismus (Zustimmung auf verschiedenen Seiten), bei dem der Vertretung keine andere Rolle zufällt, als vor dem Volke die Gehässigkeit der Staatslasten zu tragen. (Sehr gut!) Wer in den Streit der Meinungen die Standarte des Kaisers hineinwirft, der macht sich mitschuldig, wenn, was ich niemals hoffe, es je dazu kommen sollte, daß eine Opposition in Deutschland, die bisher nur gegen Regierungsmaßregeln und gegen Minister bestand, eine anti-kaiserliche werden sollte. (Sehr gut.) Mit Rührung hat mich die Einfalt erfüllt, wenn ich in einzelnen Landgemeinden die Leute auf das Aufgebot ihres Bürgermeisters, ihres Vorstehers, herankommen sah, Adressen zu unterzeichnen und sie erklären zu hören, wir wollen dem Kaiser ein Vertrauensvotum geben. Aber anderseits habe ich mir doch sagen müssen, ist das nicht der Anfang eines französischen Plebiscit? (Hört! hört! links.) Sollte uns nicht die französische Geschichte warnen, den Kaiser einem Plebiscit zu unterwerfen, muß nicht das Ansehen der Monarchie darunter leiden, auch wenn der kaiserliche Namen mit den colossalsten Majoritäten aus einem solchen Plebiscit hervorgeht? (Sehr richtig! auf verschiedenen Seiten.) M. H., man soll auch den Namen des Kaisers nicht mißbräuchlich führen. (Sehr gut! auf verschiedenen Seiten.) Man soll im Namen des Kaisers nicht aus einer unwesentlichen Veranlassung und nicht zu oft ausrufen, das Ohr des Volkes möchte sich sonst leicht abstumpfen, und der Ruf würde bei wirklichen Gefahren für das Reich nicht das volltönige starke und allseitige Echo finden, wie wir es wünschen müssen, daß es jeder Zeit findet. (Bravo links. Sehr gut! auf verschiedenen Seiten.)

M. H., offen gestanden, hat uns der Angriff, den der Herr Abg. v. Bennigsen gestern gegen die Fortschrittspartei vollführte, ein Angriff, der bei dem Hören seiner Rede von uns noch lebhafter empfunden worden ist als beim Lesen — überrascht. Meine Herren, wenn der Hr. Abg. v. Bennigsen den Ausgleich, wie er heute zu Stande kommen wird, wirklich für einen glücklichen hält, wenn er davor zurückgeschreckt ist — und ich habe ja keinen Grund, das zu bezweifeln —, den §. 1 unverändert anzunehmen, wenn ihm an der Wahrung der constitutionellen Rechte durch periodische Bewilligung so viel gelegen war, so mußte er sich doch anderseits sagen, daß er diesen Ausgleich auch der Fortschrittspartei zu verdanken hat (Sehr wahr! links), daß wenn unsere Partei in ihrem Widerstande gegen den unveränderten §. 1 nicht kräftiger sich erwiesen hätte, als die Mehrzahl seiner Parteigenossen, er gar nicht in die Lage gekommen wäre, gestern überhaupt eine Rede zu halten. (Heiterkeit.) Meine Herren, wir stehen zu der Gesammtheit der nationalliberalen Partei durchaus nicht in dem schroffen Widerspruch, wie es nach den Aeußerungen des Hrn. Abg. v. Bennigsen scheinen könnte. M. H., wir sind durchaus nicht die Doctrinäre, die starren Principienreiter, als die man uns oft hinzustellen beliebt. Wir haben es bei vielen Gelegenheiten und bei anderen Paragraphen von großer Wichtigkeit in der Militär-Commission bewiesen, daß wir Ausgleiche suchen, und nicht den Conflict. Aber auch darin muß ich mich auf die Worte eines Mannes berufen, der von mir eben so hoch geachtet war wie von dem Hrn. Abg. v. Bennigsen: „Wo ein Ausgleich zu suchen ist", sagte der Hr. Abg. Twesten in eben dieser Frage vor sieben Jahren, „da muß es einen Punkt geben, wo man sagt: „Bis hierher und nicht weiter."" „Das gibt den Unterschied zwischen einem politischen Character", sagte Hr. Twesten, „und einer Molluske." (Heiterkeit und Zustimmung.) Meine Herren, wir würden allerdings, wenn die Frage überhaupt zur Entscheidung gekommen wäre, ob der §. 1 unverändert anzunehmen sei oder nicht, zwischen uns und denjenigen, die sich auch soweit vor der Regierung gebeugt hätten, ihr so weit entgegen gekommen wären, — mit denen, würden wir geglaubt haben, eine engere politische Gemeinschaft in diesem Reichstage nicht fortsetzen zu können. (Fortsetzung der Verhandlung, zunächst Schluß der Rede des Abg. Richter folgt.)

Deutschland.

✱ **Karlsruhe**, 16. April. Der „Anzeiger für Stadt und Land" schreibt und wir erkennen darin die Feder eines angesehenen Abgeordneten: „Der Ortenauer Bote berichtet, daß zwischen dem „Pfälzer Boten" einerseits und zwischen dem „Bad. Beobachter" und „Lahrer Anzeiger" anderseits ein Streit ausgebrochen sei. Die Leser des Anzeigers werden nun zwar bisher von einem solchen Streite nichts bemerkt haben, da der „Anzeiger" in den zwischen dem „Pfälzer Boten" und „Bad. Beobachter" ausgebrochenen Streit sich bis jetzt noch nicht eingemischt hatte; da aber nun auch das Freiburger Kirchenblatt und der Freiburger Bote sich darüber ausgesprochen und die liberalen Blätter mit begreiflichem Wohlgefallen sich der Sache bemächtigt haben, so will auch der „Anzeiger" mit seiner Meinung nicht länger hinter dem Berge halten. Im Bad. Beobachter hatte nämlich ein Correspondent „✕ Aus dem Kreise Karlsruhe" Betrachtungen darüber angestellt, welche schlimme Folgen unter den gegenwärtigen Verhältnissen das Verbot des geistlichen Staatsexamens für die Kirche haben könne. Wir gestehen nun, daß jener Artikel uns auch überrascht hat, weil wir ihn nicht mehr für zeitgemäß hielten, jetzt nachdem das Gesetz über das geistliche Staatsexamen erschienen und in der bischöflichen Denkschrift die Ablegung desselben den Theologen ausdrücklich verboten wurde. Irgend ein Erfolg für die kirchliche Sache war durch Veröffentlichung solcher Betrachtungen jetzt nicht zu erwarten. Zur Zeit, als wegen der Examensverordnung noch mit der Regierung unterhandelt wurde, wäre ein solcher Artikel etwa angezeigt gewesen; der Redakteur des Anzeigers hat zu jener Zeit im Freundeskreise oft dieselben Ansichten ausgesprochen. Obschon wir nun mit dem fraglichen Artikel aus obgenanntem Grunde nicht einverstanden waren, hielten wir es doch nicht für zweckmäßig in unserm Blatte dagegen aufzutreten, sondern wir nahmen uns vor, bei einer gerade bevorstehenden Zusammenkunft dem Hrn. Redakteur des Beobachters unsere diesfallsigen Bedenken in freundschaftlicher Weise zu äußern.

Anderer Ansicht war jedoch der „Pfälzer Bote", der alsbald gegen den Beobachter in einem fulminanten Artikel Sturm läutete und zugleich der gerade ausgeschriebenen Generalversammlung der im Werden begriffenen Gesellschaft „Badenia" ganz kategorische Weisungen gab, wie sie die Redaction des Beobachters zu behandeln habe. Hatte uns der Artikel des Beobachters unangenehm berührt, so waren wir über das Gebahren des „Pfälzer Boten" empört. Der Pf. B. wußte so gut wie wir, daß der angeklagte Artikel von einem Geistlichen herrührte, in dessen kirchlichen Sinn nicht der geringste Zweifel gesetzt werden darf, und der seit mehr als 15 Jahren sich die größten Verdienste um die katholische Presse erworben hat, nämlich von dem beim kathol. Volke so sehr beliebten „Vetter Fritz", der zudem auch immer ein eifriger Mitarbeiter des Pf. Boten war. Mit einem solchen Manne und mit dem Hauptorgan der Partei geht man nicht so um, wie der Pf. B. es für gut gefunden. Auch die Generalversammlung der „Badenia" mußte anders behandelt werden, als es geschehen; die „Vertrauensmänner" von Heidelberg wären am besten selbst zur Generalversammlung gegangen und hätten dort ihre Ansichten ausgesprochen und ihren Einfluß geltend gemacht. Freilich haben sie an der „Badenia" sich gar nicht betheiligt und deßhalb hätten sie sich auch nicht herausnehmen sollen, derselben Rathschläge zu geben. „Wer nicht will mitthaten, soll auch nicht mitrathen."

Auf die Entgegnung des Badischen Beobachters ist der Pf. B. mit einem zweiten hitzigen Artikel herausgerückt, in welchem der neu gewählte Aufsichtsrath der „Badenia" aufgefordert wird, alsbald eine öffentliche Erklärung abzugeben, widrigen-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

falls die Heidelberger „Vertrauensmänner“ eine Parteiversammlung einberufen würden. Wir zweifeln, daß der Aufsichtsrath Lust habe, dem Dictate des oder der Heidelberger Herren sich zu unterwerfen, die nicht einmal der „Badenia“ beigetreten sind. — Wir unserestheils müssen uns ganz entschieden gegen ein solches Gebahren aussprechen, das unserer Partei nicht ersprießlich sein kann. Schon während des letzten Landtages hatte der Pf. B. gegen die Mehrheit der Abgeordneten unserer Partei eine für diese höchst beleidigende Sprache geführt; die 7 Abgeordneten, welche für Gehaltsaufbesserung der Minister stimmten, wurden vom Pf. B. einfach unter die „Servilen“ geworfen. Wir hatten damals einen Artikel gegen den Pf. Boten geschrieben, ihn jedoch nach reiferer Ueberlegung im Parteiinteresse wieder unterdrückt. Auch zur Zeit, als die Wiederbesetzung des erzbischöfl. Stuhles in der Presse besprochen wurde, hat der Pf. Bote eine eigenthümliche Rolle gespielt, in der er sich durchaus nicht so „bischöflich“ zeigte, wie er jetzt thut. Damals war er auch der Einzige, der darüber wachen mußte, daß der rechte Mann auf den erzbischöflichen Stuhl komme, und daß unsere „Errungenschaften“ von 20 Jahren nicht wieder verloren gehen. Wenn man mit der Feuerspritze auffährt, wenn es gar nicht brennt, oder wo man mit einem Eimer voll Wasser löschen kann, dann macht man sich lächerlich.

Wenn die Leiter des Pf. B. es für angemessen halten, jetzt Proclamationen zu erlassen und Versammlungen abzuhalten, die geeignet sind, einen Riß in die kathol. Volkspartei zu bringen, so sollen sie thun, was sie nicht lassen können, und den Gegnern eine wohlfeile Freude bereiten. Es ist in diesem Streite der Spruch: „In necessariis unitas, in dubiis libertas“ citirt worden; wir wollen auch den Schluß, der übersehen wurde, beifügen: „in omnibus caritas!“

Ohne uns auf den praktischen Werth oder Unwerth des Artikels unseres Correspondenten „aus dem Kreise Karlsruhe“ hier einzulassen, dessen freundschaftlicher Erörterung weder Letzterer noch der Redacteur des Beobachters aus dem Wege gegangen wäre, durften wir mit allem Fug erwarten, daß eine so unerhörte Behandlung wie sie dem Mitarbeiter und dem Redacteur unseres Blattes in kategorischer Imperativform von bekannter Seite zu Theil geworden, beziehungsweise angedroht worden ist, von allen ruhig Denkenden Mißbilligung erfahren müsse. Endlich nur noch ein Wort: wir haben hart gearbeitet, als Andere der süßen Ruhe oblagen!

Bonndorf, 15. April. Die großh. Bezirksämter müssen den Wehrpflichtigen nicht allzu viel zutrauen. Mehrere derselben, auch das hiesige, fordert die Bürgermeister auf, dafür zu sorgen, daß die Pflichtigen reinlich und nüchtern zu dem Aushebungsgeschäfte sich einfinden. Dasselbe Bezirksamt fordert die Gemeinderäthe auf, die Gehalte aller Lehrer monatlich auszubezahlen und zwar „ohne jede Anforderung von Seite der Herren Lehrer und in deren Wohnung.“ Zugleich wird in Erinnerung gebracht, daß nur das Bezirksamt die Erlaubniß zum Schießen geben kann und daß Uebertretungen mit Geld bis 50 Thaler oder Haft bestraft werden. (Fr. St.)

Berlin, 14. April. Wie der „B. B.-C.“ hört, hat Fürst Bismarck, den militärischen Berathern des Kaisers entgegen, von dem Augenblicke an, in welchem zu übersehen war, daß die unveränderte Annahme des § 1 des Militärgesetzes im Reichstage auf keine Majorität zu rechnen habe, einem Compromisse eifrig das Wort geredet. Schon am Mittwoch Abend hatte Fürst Bismarck den Kaiser schriftlich gebeten, ihn von seinem Amte als Reichskanzler zu entbinden und optima forma um seine Demission gebeten. In Folge dessen hatte der Kaiser am Donnerstag den Entschluß gefaßt, dem Fürsten Bismarck einen Besuch abzustatten und sich mit demselben über die zu ergreifenden Maßregeln zu besprechen. Der Kaiser, welchem von den militärischen Autoritäten angerathen war, unter keinen Umständen von der Regierungsvorlage abzuweichen, gewann im Laufe der mit dem Reichskanzler gepflogenen Unterredung die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit eines Compromisses, welcher gegen die militärischen Gutachten schließlich genehmigt wurde. In militärischen Kreisen ist man keineswegs mit dem Resultat zufrieden, da man dort die Ansicht vertreten hört, daß die Regierung die günstige Stimmung des Landes hätte benutzen sollen, um damit eine Pression für die Regierungsvorlage auf den Reichstag auszuüben. Der zu Stande gekommene Compromiß wird in militärischen Kreisen mit Mißmuth aufgenommen und geradezu für eine zu Gunsten der Diplomatie erlittene militärische Niederlage erachtet. Wie das Blatt vernimmt, dürfte der Kriegsminister v. Kameke nach der beendeten Berathung des Militärgesetzes einen längeren Urlaub antreten.

Berlin, 14. April. Der Reichstag wird, wie die Anordnungen jetzt getroffen sind, am Donnerstag der nächsten Woche, also am 23. d. M. geschlossen werden und höchstens um einige Tage können die Debatten diesen Termin hinausschieben. Nach dem Militärgesetz folgt das Preßgesetz und die Regierung rechnet darauf, daß ihre bekannten Gegenvorschläge gleichfalls die Mehrheit finden werden, obgleich diese Vorschläge das alte Beschlagnahmerecht und die Fortdauer des vexatorischen Zeugnißzwanges in Preß-Angelegenheiten fordern, welcher letztere, wie oft schon nachgewiesen worden, nur einen Denunciationszwang involvirt. Man muß nun sehen, wie die Nationalliberalen und die versprengten ehemaligen Fortschrittler, die von der Regierung präconisirte Paarung von Freiheit und Ordnung in diesem Betracht aufzufassen geneigt sein werden. Immer aber wird es besser sein, sich mit den bestehenden Preßgesetzen zu behelfen, als ein neues, unzeitgemäßes gemeinsames Preßgesetz voraussichtlich auf unabsehbare Zeit zu schaffen. Nach dem Preßgesetze wird höchstens noch das Gesetz wegen des Reichspapiergeldes zur Berathung kommen und alles Weitere auf die Herbstsession verschoben werden, die sich zunächst mit dem Bankgesetze zu beschäftigen haben wird. Was aber steht noch Alles aus, was ist nicht, von den weitschichtigen Proceß- und Gerichtsgesetzen gar nicht zu sprechen, schon lange verheißen, ohne daß man über die Vorarbeiten hinausgekommen wäre oder diese kaum begonnen hätte!

(Frkf. Ztg.)

Berlin, 15. April. Reichstagssitzung. Fortsetzung der zweiten Lesung des Militärgesetzes. Windthorst spricht gegen §. 2, weil er das ganze Gesetz bekämpfe, und bemängelt den Compromiß und die desfallsigen Verhandlungen und Conferenzen einzelner Reichstagsmitglieder, auch des Reichstagspräsidenten. Forckenbeck weist die bezüglichen Bemerkungen unter lebhaftem Beifalle mit folgender Erklärung zurück: „Ich behalte mir und meinen Nachfolgern das Recht vor, jeder Conferenz nach persönlichem Ermessen beizuwohnen und den Inhalt mitzutheilen oder zu verschweigen. Ich erkenne in dieser Beziehung keinen Richter über mir an.“ Bei fortgesetzter Specialberathung werden die §§. 2—8 theils nach der Regierungsvorlage, theils nach den Commissionsanträgen angenommen. Fortsetzung morgen.

Berlin, 15. April. Die „Post“ schreibt über die Vorgeschichte des Compromisses, gegenüber anderweitigen Mittheilungen: An der Nachricht, Fürst Bismarck habe am Mittwoch ein förmliches Entlassungsgesuch eingereicht, welches den Kaiser bestimmt habe, einen Besuch bei dem Reichskanzler abzustatten, sei kein wahres Wort. Der Reichskanzler habe kein Entlassungsgesuch eingereicht und der Kaiser sich aus vollständig freier Initiative zu dem Besuche am Donnerstag entschlossen. Bei den hierbei stattgehabten vertraulichen Berathungen über die Gesammtheit der politischen Situation konnten die im Namen der nationalliberalen Partei gemachten Compromißvorschläge dem Kaiser nicht vorenthalten werden. Es werde versichert, daß der Reichskanzler die Entscheidung durchaus in die Autorität des Kaisers gestellt habe, mit der Zusage, daß er für diese Entscheidung, wie sie auch ausfallen möge, mit seiner Verantwortlichkeit eintreten werde.

Aus Oberschlesien, 13. April. Aus Veranlassung von Unruhen, welche am Sonnabend in Laurahütte (Oberschlesien) stattgefunden haben, sind am 12. d., wie man der „Breslauer Ztg.“ meldet, der Pfarrer Stabik und der „gesperrte“ Kaplan Ganczarki wegen angeblicher Aufreizung, sowie acht Männer und zwei Frauen wegen Landfriedensbruch verhaftet worden. — So weit wir bis jetzt diese Unruhen übersehen können, sind dieselben dadurch entstanden, daß die Polizisten wiederholt dem in der Kirche stattfindenden Religionsunterricht des Caplans G. nachspürten, indem sie einmal durch die Kirchenfenster, dann wieder von einem der Pfarrei gegenüberliegenden Bierlocal aus denselben beobachteten und die aus dem Unterricht entlassenen Kinder auf der Straße inquirirten. Unter die Kinder mischten sich natürlich Erwachsene, und der Grund zum Wortwechsel und Streit war, zumal bei der großen Erbitterung der Gemüther, schnell gefunden. Aus Königshütte wurde Militär requirirt. Inzwischen hatte sich die Menge ruhig verlaufen.

Ausland.

Bern, 16. Apr. Der Berner Regierungsrath hat auf eine Nachricht, daß im Jura am nächsten Sonntag, am Tage der Volksabstimmung über die Bundesrevision, Unruhen befürchtet werden, zu deren Verhütung in einer außerordentlichen Sitzung die nothwendigen Maßregeln angeordnet.

Wien, 16. Apr. Das Abgeordnetenhaus nahm heute mit großer Majorität in der Generaldebatte die zweite Confessionsvorlage, betreffend die Anerkennung der Religionsgesellschaften an, nachdem 5 Redner für den Gesetzentwurf gesprochen und Niemand principielle Bedenken dagegen geltend gemacht hatte.

Wien, 16. April. Da die Pforte die 1861 abgeschlossenen Handelsverträge abändern will, so beabsichtigt Rumänien, das schon lang: einen eigenen Zolltarif besitzt, gegenüber dem türkischen Schutzzollsystem die Mächte zu direkten Handelsverträgen auf der Basis des Freihandels einzuladen und zwar entsprechend den einzelnen schon länger bestehenden Verträgen.

Paris, 16. April. Die französische Regierung hat Herrn von Lesseps den Rath gegeben, die von der internationalen Tonnencommission bezüglich des Suezcanals gefaßten Beschlüsse zu acceptiren.

London, 13. April. Die Ankunft des Kaisers von Rußland wird für den 15. Mai erwartet. Die Königin wird daher dieses Mal ihre übliche Frühlingsreise nach Schottland aufgeben. Dem Czar zu Ehren wird eine Revue abgehalten werden. Er wird den berühmten Wettrennen bei Ascott beiwohnen. Der Premier ist, da heute das Parlament wieder seine Sitzungen beginnt, nach London zurückgekehrt.

London, 15. April. In der vergangenen Nacht hat eine Explosion der Gasanstalt in Astley-Deep unweit Dunkanfield stattgefunden, wobei etwa 50 Personen getödtet oder verwundet wurden.

Brest, 16. April. Das transatlantische Packetboot „Amerika“ ist auf seiner Rückfahrt von New-York, 100 Meilen vor dem hiesigen Hafen in heftigem Sturm umgeschlagen. Besatzung und Passagiere wurden durch 3 andere Schiffe gerettet.

New-York, 16. April. Der demokratische Candidat für den Gouverneurposten in Arcansas hat, gestützt auf die günstige Entscheidung des Staatsgerichtshofes, den republicanischen Gouverneur aus dem Amte vertrieben und sich der Hauptstadt Little Rock bemächtigt. Der Gouverneur rief die Intervention des Präsidenten Grant an.

Lokales.

Freiburg, 14. April. Bereits ist es, angesehen die große Anzahl der geprägten deutschen Reichsmünzen, keine Seltenheit mehr, wenn die neuen Geldsorten auch in unserer im äußersten Süden gelegenen Stadt und ihrer Umgebung lebhaft coursiren. Die Landleute, welche früher bei einem Besuche in der Stadt etwa ein „Mark oder ein Zehnerlein“ bekamen, bewahrten es als kostbare Novität, in einer Seitentasche ihres Geldbeutels sorgfältig auf. Nunmehr aber, da bereits eine große Masse im Lande verbreitet ist, und nur den Goldmünzen ein besonderer Platz reservirt wird, wird es gleich dem übrigen Gelde sowohl in Bier- und Gasthäusern als auch in Kaufläden ausgegeben. (Frb. Ztg.)

Friesenheim, 15. April. Gestern Mittag ereignete sich auf der Straße zwischen der Eisenbahnstation und unserm Orte ein schrecklicher Vorfall. Ein Mensch aus Gengenbach, nicht im besten Rufe stehend und dem Trunke ergeben, bemerkte, daß ihm ein Gendarm auf dem Wege folge, und in der Meinung, derselbe wolle ihn verhaften, fing er an zu laufen und erregte hierdurch erst den Verdacht des Gendarmen, der ihn nun auch wirklich verfolgte. Als er ihm auf Schußweite nahe gekommen war, setzte sich der Verfolgte plötzlich auf einen Stein und schoß einen mit Wasser geladenen Revolver in seinen Mund ab, so daß er sofort seinen Geist aufgab. Derselbe soll aus Rache einem Einwohner in Lahr ein Stück Reben durch Abschneiden zerstört haben.

(Bad. Landsztg.)

Lahr, 14. April. Gestern wurde Hr. Altkronenwirth und Gemeinderath W. Flüge zum Bürgermeister gewählt. Von 961 Wahlberechtigten sind 579 zur Wahl erschienen, von welchen 564 dem Hrn. Flüge ihre Stimme gaben.

(A. f. St. u. L.)

Speyer, 15. April. In unserer guten Stadt spielt gegenwärtig eine Schatzgräbergeschichte. In dem Brunnen des Hauses Steingasse Nr. 9, dem Ackerer Oswald gehörig, soll nämlich nach Aussage eines inzwischen verstorbenen Musikanten Kolb die Kriegskasse eines Mainzer Bataillons versenkt sein, das 1792, als General Custine Speyer eroberte, zur Vertheidigung der Stadt beigezogen worden war und gleich den anderen Reichstruppen geschlagen wurde. (Pf. Ztg.)

Nürnberg, 14. April. (Hopfen.) Am heutigen Donnerstagsmarkt war von dem gestrigen lebhaften Verkehr keine Spur zu finden. Bis jetzt Mittags haben nur etliche unbedeutende Abschlüsse stattgefunden. Heutige Notirungen lauten: Marktwaare prima fehlen fl. 42—48, do. secunda 38—40, do. tertia 33—35, Württemberger prima 55—60, do. secunda 36—40, Hallertauer prima 55—62, do. secunda 44—50, do. tertia 36—42, Elsässer prima 48—55, do. secunda 38—44.

(A. H. Z.)

Briefkasten.

In die Baar. Wir glauben kaum, daß zu der von Ihnen gewünschten Arbeit die ausreichenden Kräfte sich finden werden. Machen Sie einmal den Versuch, — wir haben Lust und Geschmack daran verloren.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von Dr. Ferd. Bissing.

Pforzheim.

Todesanzeige.

Tief erschüttert widme ich seinen vielen Freunden und Bekannten in Karlsruhe die Trauerkunde, daß es dem Allmächtigen gefallen hat, meinen theuern Gatten **Jak. Fr. Spieldeininger,** Bijouteriefabrikant in Pforzheim, heute früh 2 Uhr von seinem langen, schweren Leiden zu erlösen und in die ewige Heimath abzurufen.

Die Beerdigung findet Samstag den 18. April, Vormittags 11 Uhr, statt und bittet um stille Theilnahme,

Pforzheim, 16. April 1874.

Die tieftrauernde Gattin.

In **Ludwig Schmidt's** Buchhandlung in **Freiburg** ist erschienen:

Meßgesänge und andere kirchliche Lieder für die kath. Jugend. Gesammelt und größtentheils zweistimmig bearbeitet von **F. A. Albrecht,** Hauptlehrer zu Villingen. Vierte Auflage 12 kr. Orgelstimme 3 fl.

Vom nämlichen Verfasser:

Uebungen und Lieder zu einem methodischen Gesang-Unterricht für Schule und Haus. Erste Stufe. Dritte, nach dem neuen Lehrplan eingerichtete Auflage 7 kr. Zweite Stufe 15 kr. Dritte Stufe 21 kr. Vierte Stufe 15 kr. 2.2

Karlsruhe.

Privat- und Geschäftshäuser

große und kleinere, in verschiedenen, theils den vorzüglichsten Lagen dahier.

Eine gute Wirthschaft.

Eine sehr rentable Brauerei

mit neuester Einrichtung, und schönem, geräumigen Wirthschaftslokal,

Bauplätze, Gärten, Aecker, Handelsgärtnereien,

sind unter ganz annehmbaren Bedingungen durch Unterzeichneten zu **verkaufen.**

Kaufliebhabern ertheilt nähere Auskunft

Adolph Goldschmidt, Güteragent,

Zähringer-Straße Nr. 79 in Karlsruhe.

(Tägl. v. 11—1 u. v. 3—4 Uhr zu sprechen.)

Heiraths-Antrag. Ein junger Mann von 28 Jahren, der im Besitze eines anständigen Vermögens und eines sehr gangbaren Waaren-Geschäftes in einem größeren Marktflecken in der Nähe einer großen Stadt ist, sucht auf diesem Wege eine Lebensgefährtin. Man reflektirt hauptsächlich auf ein Mädchen vom Lande, das in der Stadt die nöthige Ausbildung erhalten und auch ein Vermögen von einigen Tausenden aufzuweisen hat, und von kathol. Confession ist. Ueber Obigen gibt das katholische Pfarramt seines Wohnorts Referenzen und bittet man gefl. Anfragen oder Anträge an die Exp. d. Bl. zu richten. Beiderseitige Verschwiegenheit ist Ehrensache.

Pferde-, Rinder- und Farrenmarkt in Offenburg.

Am **Mittwoch den 3. Juni 1874** findet der Pferde-, Rinder- und Farrenmarkt dahier statt, zu welchem Käufer und Verkäufer hiemit eingeladen werden.

Zur Schaffung einer Marktcontrole ist auf dem Marktplatze selbst ein Bureau errichtet, auf welchem von jedem zu Markt gebrachten Thiere Anzeige zu machen ist. Deßgleichen sollen alle abgeschlossenen Käufe daselbst protokollirt werden. (Das Protokolliren geschieht unentgeltlich.)

Zur Hebung des Marktes wird auch diesmal wieder eine Verloosung von Pferden, Rindern, Fahr-, Reit- und Stall-Requisiten stattfinden.

Alle für diese Verloosung eingehenden Gelder werden, abzüglich der entstehenden Unkosten, ausschließlich zum Ankauf der Gewinnste verwendet. **Der geringste Gewinn hat einen Werth von 10 Gulden.**

Die Verloosung findet am **Freitag den 5. Juni d. J., Nachmittags 3 Uhr,** im **Rathhaussaale dahier** öffentlich vor Notar und Zeugen in bisheriger Weise statt.

Der Preis des Looses ist auf **Ein Gulden** festgesetzt.

Diese Loose sind bei **Carl Debold** hier und dessen Agenten, sowie am Markttage zu haben.

Offenburg, den 15. März 1874.

Im Namen des Gemeinderaths der Stadt Offenburg und des landwirthschaftlichen Bezirksvereins:

Die Markt-Commission.

Rechner: **Carl Debold.**

NB. Da in der Regel die Betheiligung an dieser Verloosung eine ungemein starke ist, so wolle man Bestellungen baldigst machen, um allen Wünschen genügen zu können.

Zu beziehen durch unterzeichnete Verlagshandlung, sowie durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes:

Siebentes Heft

der

Alten und neuen Welt 1874.

Inhalt:

Ein Friedhofsbesuch. Gedicht von Vogl.
Aus Sturmeszeit. Roman von H. Hirschfeld. (Fortsetzung.)
Acht Tage im Klosterhabit. Von P. v. Radics.
Ein königliches Kabinetstück.
Dreimal versucht. Nacherzählt von Lina Freifrau von Berlepsch.
Der hl. Heilige Heribert aus Worms.
Quelle No. 3. Novellette von Theodor B.
Athmung der Menschen, Thiere und Pflanzen. Von A. Hirtz.
Ein Tag aus dem Leben eines Schüchternen. Dem Englischen nacherzählt von B. Kull.
Allerlei: Ein Roman von Venanz Müller. — Die Trunksucht in England — Großvater spielen. — Preis-Rebus. — Auflösungen des Preis-Rebus und des Preis-Rösselsprung-Räthsels im 3. Hefte; des Rösselsprung-Räthsels und des Rebus im 6. Hefte.

Illustrationen: Ein Friedhofsbesuch. — Die eroberte Kugelspritze. Gemalt von J. Leisten. — Die Ermordung des Herzogs von Guise. Nach dem Gemälde von Delaroche. — Initiale S. — Der Savoyarde. Originalzeichnung von H. Merte. — Verhaftung eines Wilddiebs im bayerischen Hochlaud. Gezeichnet von Faller. Initialle E. — Heimkehr der Hochzeitsmusikanten. Gemalt von Bernhard Fröhlich. — Initiale J. — Der kampflustige Schafbock. Gemalt von H. B. Hofner. — Großvater spielen.

Jeden Monat erscheint ein Heft; zwölf Hefte sammt Titel und Inhaltsverzeichniß bilden einen Band.

Zum Preise von 40 Pf., 4 Sgr., 14 kr. Südd., 20 Neukr. Silber. 50 Cts. per Heft, oder Mark 4. 80 Pf. Thlr. 1. 18 Sgr. Fl. 2. 48 kr. Südd. Fl. 2. 40 Neukr. Silber oder Fr. 6. per Jahrgang.

Zu beziehen durch die Verlagshandlung und durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes.

Dazu als Prämie: „Christus am Kreuz mit Maria, Johannes und Magdalena" in feinstem Farbendruck gegen Nachzahlung von nur: Mark 1. 20 Pf. 12 Sgr. 42 kr. 60 Neukr. Silber oder Fr. 1. 50 C.

Verlag von Gebr. Karl und Nikolaus Benziger
in Einsiedeln, New-York und Cincinnati.

International-Lehrinstitut.

Handelsschule. — Vorbereitung für den **einjährigen Militärdienst** (von 235 Candidaten sind 181 bestanden), für die **Post** (über 60 bestanden). — **Pensionat** mit strenger Disciplin. — Lehrplan durch die **Direction** in **Bruchsal.**

Anzeige u. Empfehlung.

Der Unterzeichnete beehrt sich hiermit, dem geehrten hiesigen wie auswärtigen Publicum seine Dienste als

Möbel-Transporteur

sowohl für Umzüge in der Stadt als über Land mittelst seines eigenen auf's Beste eingerichteten Möbelwagens oder per Eisenbahn anzubieten und sichert reelle und möglichst billige Bedienung zu.

Achtungsvoll

L. Allgeier, Querstraße 6.

Stellensuchende aller Branchen werden placirt. „Bureau Germania", Breslau, Reuschestraße 52. 6.4

Eine alte bewährte **Versicherungsanstalt,** welche bei mäßigen Prämien, Schaden **coulant regulirt,** stellt an jedem Ort Agenten mit **hoher Provision** an. Offerten richte man franco an General-Agent **Herm. Bauer, Frankfurt a/M.** (H. 6771.)

Das bereits über 33 Jahre dahier bestehende

Commissions-Bureau

von

J. Scharpf,

welches die Fertigung von Bitt-Gesuchen an die höchsten Landes-, sowie jedwede andere Dienst-Stellen, nebst Bürger-Annahms- und Heiraths-Gesuchen, Haus- und Fahrniß-Versteigerungen, die Betreibung ausstehender Schuldposten auf gütlichem und gerichtlichem Wege im In- und Ausland übernimmt, sowie auf gestellte Anfragen gewissenhafte Auskunft und nach Verlangen Rath ertheilt, befindet sich

Karlsstraße 43.

Gr. Hoftheater in Karlsruhe.

Freitag 17. April keine Vorstellung.

Geburten.

13. April. Frida Elisabeth, Vater Johann Diringer, Locomotivführer.
14. „ Anna, Vater Hischmann, Schneidermeister.

Todesfälle.

14. April. Georg, Vater Dreher Winnewisser. 1 J. 6 M. 28 T.

Karlsruhe, 16. April. Von heute an kostet das Pfund Ochsenfleisch 24 kr., das Pfund Kalbfleisch 18 kr. Die Genossenschaft.

Cours der Staatspapiere. Frankfurt, 15 April.

Staatspapiere.	pr. comptant.
Preußen 4½% Consol. Oblig	106½ P
4½% do.	— G
4% do.	— G
Baden 5% Obligationen	104¼ b
4½% do.	100⅞ b
4% do.	96⅞ G
3½% do. v. 1842	91⅞ P
Bayern 4½% Obl. 1856 8s. ½jähr.	101⅜ b
4½% „ (8ins 1jähr.)	101⅜ b
4% „ „ 1jähr.	98 b
Württemberg 5% Obligationen	105⅛ G
4½% „	101⅛ G
4% „	97⅝ b
Russ. 4½% Obligationen	98¾ b
3%% do.	— G
Sachsen 5% do.	105⅜ G
Gotha 5% do.	— P
Gr. Hessen 5% do.	9 ¾ G
4% do.	97 G
Oesterr. 5% Silberrente 8. 4½%	66⅝ G
4% Papierrente 8. 4½%	62⅝ P
do. do.	62¼ G
5% Ung. E.-B.-Anl. 1868	— b
Rußland 5% Oblig. v. 1871	96½ G

Rußland 5% Obligationen v. 1872	96¾ P
Belgien 4½% Obligationen	102¼ G
Schweden 4½% Oblig. in Thaler	98¼ b
Schweiz 4½% Berner Obligationen	97 P
4% „ „	— G
N.-Amerika 6% Bonds 1882r v. 1862	99½ G
6% „ 1885r v. 1865	101 P
5% „ 1904r 10/40 1864	98½ P
Spanien 3% neue Schuld von 1869	18 b
Frankreich 5% Rente. Fr. zu 28 kr.	95½ G
do. leere.	— P
Actien und Prioritäten.	
Badische Bank, 200 Thaler	111¾ G
3% Frankfurter Bank, fl. 500	147⅞ G
4% Darmstädter Bankactien, fl. 250	365 b
3% Oesterr. Nationalbank, fl. 600 6 kr.	1005 G
5% do. Creditactien, fl. 160	209 G
Stuttgarter Bank	— P
5% Elisabethbahn, fl. 200	206 b
5% Rudolphsbahn, fl. 200	162½ b
4% Ludwigshafen-Berbacher-E. fl. 500	177¼ G
4½% Bayerische Ostbahn, fl. 208	110¾ G
4% Hessische Ludwigsbahn, Thlr. 200	132¼ G
5% Oesterr. Staatsbahn, Fr. 500	323 b

5% Oesterreichische Südbahn-Priorit.	86⅞ b
3% do. do.	49¾ G
5% Elisabeth, Coupon i. Silb. 1. Em.	84½ P
5% do. do. 2. Emiss.	83 G
5% Böhmische Westbahn, 1863, 300 fl.	— G
3% Oesterr. Staatsb. (1.—8. Em.) 28 kr.	61½ b
5% Hessische Ludwigsbahn	104 b
5% Pfälzische Ludwigsb. (Berbach.)	104 P
6% Central Pacific, rückz. 1898	78⅝ b
6% Pacific Missouri, r. 1888 v. 1868	62½ G
6% südl. Pac. Miss. r. 1888 v. 1869	46¼ b
Anlehens-Loose.	
Bayerische 4% Prämien-Anleihe	114 G
4% Bad. Prämien-Loose zu 100 Thlr.	— G
Badische 35-fl.-Loose	70⅛ b
Braunschweiger 20-Thlr.-Loose.	22½ b
Gr. Hessische 50-fl.-Loose	— G
„ 25-fl.-Loose	56¾ P
Kurhessische 40-Thaler-Loose	71⅞ G
Ansbach-Gunzenhausener 7-fl.-Loose	— P
Oesterr. 4% 250-fl.-Loose von 1854	92⅛ b
„ 5% 500 do. do. 1860	95½ b
„ 100-fl.-Loose do. 1864	— G
Schwedische 10-Thaler-Loose	— G

Finnländer 10-Thlr.-Loose	10¼ G
Meininger 7-fl-Loose	7⅞ b
Wechsel-Cours.	
Amsterdam k. S.	99⅝ b
Augsburg „	100 P
Berlin „	104⅞ G
Bremen „	105⅛ P
Brüssel „	94 b
Hamburg „	105⅝ P
Leipzig „	105 P
London „	118½ b
Mailand „	— b
Paris „	94⅛ G
Wien „	105 b
Gold und Silber.	
Pr. Friedrichsd'or fl.	— —
Pistolen „	9. 34—36
Holländ. 10-fl.-St. „	9. 45—47
Ducaten „	5. 50—2
20-Frankenstücke „	9. 24½—25½
Engl. Sovereigns „	11. 50—52
Russ. Imperials „	9. 40—42
Dollars in Gold „	2. 2[illegible]—[illegible]

Druck und Verlag der Aktiengesellschaft Badenia: L. Großmann, Faktor. Karlsruhe, Adlerstraße 20.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg